

KERSTIN MÜLLER infobrief.

Januar 2012



Sonderausgabe zum Unterausschuss

Zivile Krisenprävention

Viel Grünes in den neuen Empfehlungen des Unterausschuss Zivile Krisenprävention an die Bundesregierung

Am 23. Januar 2012 hat der Unterausschuss Zivile Krisenprävention erstmals einen gemeinsamen Zwischenbericht mit umfassenden Empfehlungen an die Bundesregierung beschlossen. Er hat damit ein klares Zeichen für eine Stärkung der zivilen Krisenprävention gesetzt. Das ist ein erster wichtiger Schritt, die zivile Krisenprävention, die seit Ende der rot-grünen Koalition vor sich hin dümpelte, endlich wieder aus ihrem Nischendasein zu holen. Denn nur so können wir wirksam und nachhaltig Gewaltkonflikten vorbeugen. Das dies dringend notwendig ist, müsste angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt und der Dauerkrisen in Sudan, Somalia oder Kongo eigentlich jedem klar sein.

Das Thema zivile Krisenprävention hätte keinen solchen Schub erfahren, wenn wir Grünen nicht den **Unterausschuss Zivile Krisenprävention** im Bundestag eingefordert hätten und wenn wir nicht mit unserem Bundestagsantrag zur Zivilen Krisenprävention vom 25.5.2011 die Richtung klar vorgegeben und die Koalition unter Zugzwang gesetzt hätten. Das dies weiter nötig ist, zeigt das Verhalten der Koalition, die ohne sachlichen Grund, einen gemeinsamen Bundestagsantrag abgelehnt hat. Jetzt gibt es wenigstens einen gemeinsamen Zwischenbericht und besonders erfreulich ist es daher, dass ich in den Verhandlungen zu dem Zwischenbericht einige wichtige Grüne Positionen durchsetzen konnte:

- das Thema zivile Krisenprävention soll künftig politisch erheblich aufgewertet werden durch Leitung des stellvertretenden Außenministers / Außenministerin, der / die quasi als ein „Mr. / Ms. Krisenprävention“ auftritt.
- Die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft sollen innerhalb eines gestärkten Beirats mit einem klaren Mandat mehr Mitsprache bei der Gestaltung der Politik erhalten.
- Und auch mit der organisierten Zivilgesellschaft in den Konfliktländern soll es mehr Kooperation geben.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

- Darüber hinaus sollen bestehende Instrumente wie der Zivile Friedensdienst (ZFD) oder das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), die ja rot-grün auf den Weg gebracht hatte, weiterentwickelt werden, etwa durch eine verbesserte Betreuung entsandter ziviler Fachkräfte vor, während und nach ihren Einsätzen.
- Schließlich sollen systematisch auch neue Instrumente und Kapazitäten aus- und aufgebaut werden für mehr internationale Polizei-Missionen, für mehr Konfliktvermittler und Konfliktvermittlerinnen in Krisengebieten und nicht zuletzt auch die Stärkung der Rolle von Frauen bei der Vorbeugung und Lösung von Konflikten gemäß der UNO-Resolution 1325.

Trotz dieses Etappenerfolges bleibt noch viel zu tun. Das haben wir gemeinsam mit der SPD in einem Minderheitenvotum zum Zwischenbericht klar zum Ausdruck gebracht. Denn einige unserer Forderungen hat die Koalition strikt abgelehnt. Dies betrifft die Ausarbeitung einer Strategie für zivile Krisenprävention und eines deutschen Aktionsplans zum Thema Frauen, Frieden, Sicherheit (UN-Res. 1325). Beides wäre sehr wichtig, um einen klaren Kurs für die Stärkung der zivilen Krisenprävention halten zu können. Auf Ablehnung stieß etwa auch die mittelfristige Anhebung der personellen und finanziellen Mittel für die zivile Krisenprävention sowie den Aufbau eines ressortübergreifenden Lagezentrums für eine bessere Krisen-Vorwarnung und schnelleres Handeln der Politik.

Für eine solche weitergehende Stärkung werde ich mich als stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses zivile Krisenprävention weiter intensiv einsetzen.

Thema | Responsibility to Protect

Antrag zur Schutzverantwortung – Zivilbevölkerung besser vor schweren Kriegsverbrechen und Völkermord schützen

Tom Koenigs und ich haben uns auf die Fahnen geschrieben, die Diskussion über die Schutzverantwortung, die „Responsibility to Protect“, weiter voranzubringen. Grundlage war dabei für uns der Beschluss der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission der Bundespartei aus dem Jahr 2008. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft will die Debatte bis zur BDK am 17./18. November führen. Wir wollen einen Antrag als Aufschlag zu einer breiten Debatte innerhalb der Partei machen.

Dabei geht es um nicht weniger als das Versprechen „Nie wieder Ruanda“, „Nie wieder Srebrenica“, „Nie wieder Darfur“ einzulösen und Menschen künftig besser vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen zu können. Wir haben deshalb der Bundestagsfraktion den gemeinsamen Antragsentwurf

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

„Schutzverantwortung weiter entwickeln und wirksam umsetzen“ zur Beratung vorgelegt. Für uns steht dabei ganz klar die rechtzeitige Vorbeugung von gewalttätigen Krisen an erster Stelle. Dazu müssen wir vor allem unsere Instrumente der zivilen Krisenprävention ausbauen.

Ausgangspunkt der Schutzverantwortung war die Initiative des ehemaligen UNO Generalsekretärs Kofi Annan. Er schaffte es, dass sich alle UNO-Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 verpflichteten, ihre Bevölkerungen künftig vor schwersten Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Wo ein Staat die Schutzverantwortung gegenüber seiner Bevölkerung offenkundig nicht ausüben kann oder will, ist die internationale Gemeinschaft in der Mitverantwortung, durch die Vereinten Nationen vor allem frühzeitig geeignete, vorbeugende diplomatische, humanitäre und andere zivile Mittel einzusetzen, im äußersten Ausnahmefall aber eben auch militärische Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Die Schutzverantwortung stärkt die Rechte von in Krisen besonders gefährdeten Gruppen wie Frauen, Kindern, Flüchtlinge und Vertriebene. Der Ansatz hilft aber auch die UNO-Mitgliedstaaten zum rechtzeitigen Handeln zu bewegen.

Besonders die Krisen in Libyen und Syrien zeigen uns aktuell sehr deutlich, dass wir dringend mehr Klarheit bei der Umsetzung der Schutzverantwortung brauchen. Soll der Ansatz künftig dazu beitragen, Menschen möglichst wirksam zu schützen, müssen jetzt die notwendigen Weichenstellungen erfolgen, damit missbräuchliches Handeln, Nicht-Handeln oder unentschlossenes und zu spätes Handeln der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werden können. Nur so kann der Konsens des Weltgipfels 2005 gefestigt und erweitert werden.

Wir Grüne müssen uns als Menschenrechtspartei der Umsetzung der Schutzverantwortung stellen. Denn das ist die zentrale Herausforderung für einen wirksamen Menschenrechtsschutz des 21. Jahrhunderts. Deshalb soll das Thema eines der grünen außenpolitischen „Leuchtturmprojekte“ für die Bundestagswahl 2013 werden. Vor der Sommerpause planen wir eine Große internationale Konferenz der Bundestagsfraktion zu den Streitfragen und Problemen der Umsetzung der Schutzverantwortung. Gleichzeitig wird auch die BAG Frieden u.a. das Thema beraten und für die BDK am November einen Antrag vorbereiten. Ich freue mich auf eine konstruktive und leidenschaftliche Diskussion.

Thema: Polizeieinsätze

Mehr deutsche Polizei in internationale Friedensmissionen

In den letzten Jahren ist der Bedarf an Polizistinnen und Polizisten in internationalen Friedensmissionen bei der UNO, EU und OSZE stark gestiegen. Der Erfolg dieser zivilen Polizei-Missionen, die überwiegend zur Ausbildung, aber auch zu direkten Schutzaufgaben entsandt werden, gibt diesem Trend recht.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Als wichtiges EU- und UNO-Mitgliedsland muss auch Deutschland auf diese Entwicklung antworten. Dazu müssen wir dieses wichtige zivile, krisenpräventive Instrument entsprechend ausbauen und einen Personalpool aufbauen. Bei der Umsetzung dürfen wir unsere Polizistinnen und Polizisten aber nicht im Regen stehen lassen, sondern müssen auf deren Probleme und Bedürfnisse bei dieser schwierigen Aufgabe – etwa der Finanzierung, Ausbildung, Begleitung und Nachsorge, sowie Attraktivität für Auslandseinsätze - eingehen und entsprechende Lösungen anbieten.

Das war nicht nur ein Ergebnis von Fachdiskussionen im Unterausschuss Zivile Krisenprävention, die ich vorgeschlagen hatte. Das war vor allem auch Ergebnis des **grünen Polizeikongresses am 24. Juni 2012**, den Franziska Brantner, Wolfgang Wieland und ich in Hamburg organisiert hatten. Hier diskutierten wir intensiv mit deutschen und europäischen Experten über die Herausforderungen internationaler Missionen der deutschen Polizei:

Unter welchen Bedingungen soll sich deutsche Polizei an internationalen Polizeimissionen beteiligen? Was sind Anforderungen und Perspektiven für die eingesetzten Beamten, wie werden sie auf Einsätze vorbereitet und was passiert nach ihrer Rückkehr? Wie soll die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, wie soll die Finanzierung der Auslandseinsätze deutscher Polizei langfristig entwickelt werden?

Zu dem Thema habe ich mit weiteren Kollegen im April 2011 das Positionspapier „Internationale Polizeimissionen und Ausbildung von Sicherheitskräften im Ausland“ vorgelegt. Zu der Hamburger Konferenz ist ein umfassender Bericht erschienen.

Als nächste Schritte wollen wir zusammen mit den grünen Landtagsfraktionen die notwendigen Rahmenbedingungen für den zügigen Aufbau eines Polizei-Personalpools, aber auch für die erforderliche parlamentarische Kontrolle von Auslandsmissionen der Polizei klären.

[Einen Bericht über die Ergebnisse der Konferenz finden Sie hier](#)

[Einladung zur Konferenz Internationale Polizeimissionen am 24. Juni in Hamburg](#)

[Programm Konferenz Internationale Polizeimissionen 24. Juni in Hamburg](#)